



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießbübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/8932, 19/10694

Verwaltung entbürokratisieren II: Sozialverwaltung durch besseres Zusammenspiel der Akteure effizienter gestalten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten,

- wie im Bereich der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe durch eine verbesserte Koordination und Zusammenarbeit Doppelstrukturen vermieden und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden können,
- welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren (Kommunen, freie Träger, staatliche Stellen) zu verbessern und klare Zuständigkeiten für Betroffene sicherzustellen,
- inwiefern bestehende Facharbeitsgruppen – wie etwa die Facharbeitsgruppe „Inklusion“ des Bündnisses für frühkindliche Bildung – als Plattform für eine bessere Abstimmung genutzt oder ausgebaut werden können,
- welche Vorschläge die Staatsregierung erarbeitet, um Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Eltern und Kita-Personal, den Zugang zu den richtigen Ansprechpersonen schnell und unbürokratisch zu ermöglichen,
- welche digitalen Technologien bereits eingesetzt werden, etwa anhand von Best Practice-Beispielen, und welche systematischen Veränderungen grundsätzlich notwendig sind bzw. sich für die Institutionen ergeben.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident